

# Bundesratsbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung des Landesmantelvertrages für das Bauhauptgewerbe

Änderung vom 7. Dezember 2009

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
beschliesst:*

## I

Die Bundesratsbeschlüsse vom 10. November 1998 und vom 22. September 2008<sup>1</sup> über die Allgemeinverbindlicherklärung des Landesmantelvertrages (LMV) für das Schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV) werden wie folgt geändert (Änderung des Geltungsbereichs):

*Art. 2 Abs. 2, 6 und 7*

<sup>2</sup> Von den Bestimmungen über die Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeiträge (Artikel 8 LMV) sind ausgenommen die Kantone Genf, Neuenburg, Tessin, Waadt und Wallis. Ebenfalls ausgenommen sind die Betriebe der Sand- und Kiesgewinnung.

(...)

<sup>6</sup> Für das Inkasso, die Verwaltung und die Verwendung der Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeiträge (Art. 8 LMV) ist der Parifonds Bau zuständig.

<sup>7</sup> Der Parifonds Bau ist berechtigt, alle notwendigen Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Bestimmungen über die Beitragspflicht und die Anspruchsberechtigung auf Leistungen durchzuführen.

## II

Folgende, in **Fettschrift** gedruckte Änderungen des in der Beilage zu den Bundesratsbeschlüssen vom 10. November 1998, vom 4. Mai 1999, vom 22. August 2003, vom 3. März 2005, vom 9. März 2005, vom 12. Januar 2006, vom 13. August 2007, vom 22. September 2008, vom 11. Dezember 2008 und vom 7. September 2009<sup>2</sup>, wiedergegebenen Landesmantelvertrages für das Schweizerische Bauhauptgewerbe werden allgemeinverbindlich erklärt:

<sup>1</sup> BB1 1998 5643, 2008 8003

<sup>2</sup> BB1 1998 5643, 1999 3419, 2003 6070, 2005 2229 2097, 2006 833, 2007 6069, 2008 8003 9227, 2009 6209

**Zusatzvereinbarung  
zum Landesmantelvertrag für das Schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV)  
vom 11. September 2009**

**Art. 8<sup>3</sup> Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeiträge**

<sup>1</sup> Parifonds Bau: Der (...) Parifonds Bau ist zuständig für den Einzug und die Verwaltung der Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeiträge (...).

<sup>2</sup> Geltungsbereich: Dem Parifonds Bau sind die räumlich, betrieblich und persönlich dem Landesmantelvertrag unterstehenden Arbeitgeber und die von diesen Arbeitgebern beschäftigten Arbeitnehmenden inkl. Lernenden unterstellt. Davon ausgenommen sind die Betriebe der Sand- und Kiesgewinnung. Ebenfalls ausgenommen sind die Kantone Genf, Neuenburg, Tessin, Waadt und Wallis.

<sup>3</sup> Zweck des Parifonds Bau: Der Parifonds Bau bezweckt einerseits die Deckung der Kosten im Vollzug des LMV (...) sowie die Erfüllung weiterer Aufgaben vornehmlich sozialen Charakters. Andererseits bezweckt der Parifonds Bau die Anwerbung und Förderung des Berufsnachwuchses, die Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie die Unterstützung von Massnahmen zur Vermeidung von Unfällen und Berufskrankheiten.

<sup>3bis</sup> *Aufgehoben*

<sup>4</sup> Beiträge: Alle dem LMV unterstellten Arbeitnehmenden inkl. Lernenden haben unabhängig von einer Verbandsmitgliedschaft einen Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeitrag von 0,7 % der UVG-pflichtigen Lohnsumme<sup>4</sup> zu leisten. Der Arbeitgeber sorgt für Einzug und Ablieferung der Beiträge an den Parifonds Bau. Die dem LMV unterstellten Arbeitgeber haben einen Vollzugskosten- und Aus-/Weiterbildungsbeitrag von 0,5 % der UVG-pflichtigen Lohnsumme<sup>5</sup> der dem LMV unterstellten Arbeitnehmenden inkl. der Lernenden zu leisten. Arbeitgeber mit einer Tätigkeit in der Schweiz bis 90 Tage pro Jahr haben 0,4 % der UVG-pflichtigen Lohnsumme<sup>6</sup> (0,35 % Arbeitnehmerbeitrag; 0,05 % Arbeitgeberbeitrag) der dem LMV unterstellten Arbeitnehmenden inkl. der Lernenden zu leisten, mindestens aber 20 Franken pro Monat und Arbeitgeber.

(...)

<sup>3</sup> Die Absätze 2, 3 und 3<sup>bis</sup> in der Fassung des Bundesratsbeschlusses vom 22. September 2008 sind aufgehoben.

<sup>4</sup> Entspricht der SUVA-Lohnsumme.

<sup>5</sup> Entspricht der SUVA-Lohnsumme.

<sup>6</sup> Entspricht der SUVA-Lohnsumme.

III

Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2010 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2011.

7. Dezember 2009

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Hans-Rudolf Merz

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova